

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen...
Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend



Verlagspreis monatlich 2,- RM.
Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 206

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 139 — 94. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 3640 Dienstag, den 18. Juni 1935

Eheschließung und Wohnungsfrage.

Die Vereinfachung von 70 Millionen Mark für die Schaffung von 65.000 Zieglerstellen und die kürzlichen Beratungen des Deutschen Mietertages, bei denen auch der Kampf gegen die Wohnungsnot erörtert wurde, lassen die folgenden Ausführungen recht ausschlüssig erscheinen.

Es ist ein auch heute noch häufig verbreiteter Irrtum, daß es dem Nationalsozialismus allein darum zu tun ist, die Anzahl der Eheschließungen an sich zu vergrößern. Die Statistik erweist, daß die Kurve der Eheschließungen sich nicht nur in den vergangenen Jahren ziemlich stetig erhob, sondern auch mit der Verhältniszahl 9,7 auf 1000 (1933) etwas höher lag, als es in anderen Ländern der Fall war. Bulgarien gibt 9,6 an, dann folgen Polen mit 8,3, Schweden mit 7, Italien mit 6,8. Wenn sich die Eheschließungen auch von 510.000 im Jahre 1932 auf 631.000 im Jahre 1933 und 731.000 im Jahre 1934 erhöhten, so haben wir leider noch lange keinen Grund zu der Annahme, daß unser Geburtenfoll, das zur Erhaltung der nacten Bevölkerungszahl notwendig ist, schon in absehbarer Zeit erreicht werden könnte.

Wenn wir trotz hoher Eheschließungsziffern einen katastrophalen Geburtenrückgang erleben, so ist die Ursache hierfür in einer geistigen Krise zu suchen, die sich besonders stark in den wirtschaftlich sichergeestellten Kreisen auswirkt.

Um aber denen entgegenzukommen, die sich der Verantwortung für Volk und Rasse wohl bewußt gewesen sind, denen aber die materiellen Mittel zur Gründung einer kinderreichen Familie fehlten, hat der neue Staat es sich zur Aufgabe gemacht, die Familienbildung durch Sicherstellung von Arbeitsplätzen zu gewährleisten, und auch das Ehestandsdarlehen spielt in diesem Zusammenhang eine überaus wesentliche Rolle. Insgesamt sind bisher 100.000 Ehestandsdarlehen gewährt worden, und zwar waren es 1933 141.559, im Jahre 1934 224.619 und in den ersten Monaten 1935 30.000.

Nachdem die Freimachung von Arbeitsplätzen, Gewährung von Ehestandsdarlehen und andere Maßnahmen eine materielle Grundlage geschaffen haben, geht es jetzt darum, den nötigen Raum für die neu zu gründenden Familien sicherzustellen.

In der Wohnungsfrage sieht es in mancher Beziehung noch recht schlecht aus. Der Wohnungsmarkt kann nur schwer den an ihn gestellten Anforderungen entsprechen. Es war in den letzten Jahren zum größten Teil eine Wohnpolitik betrieben worden, die sich auf die Kleinfamilie spezialisierte. Vorgezogen wurden nur für das Ehepaar mit keinem, höchstens einem Kind.

Wie die Reichsstatistik ausweist, gab es 1934 in Deutschland 16.693.000 Wohnungen, davon 3.125.000 Neubauwohnungen und 7.864.000 Kleinwohnungen. Da es sich nun bei den Neubauten, was Anzahl und Größe der Zimmer anbelangt, in der Hauptsache auch um Kleinwohnungen handelt, sind also rund zwei Drittel aller Wohnungen sogenannte Kleinwohnungen (1 bis 3 Räume einschließlich Küche).

Durch den inzwischen eingetretenen Umschwung stehen wir nun heute vor einer wichtigen Aufgabe: wir müssen Raum schaffen für die kinderreiche Familie. Wie unzulänglich die Wohnverhältnisse für diese sind, zeigt das Beispiel der Großstadt. So stand in Hamburg einer Eheschließungsziffer von 25.840 (1934) ein Angebot von neuen oder umgebauten Wohnungen in Höhe von 3777 gegenüber. Allerdings werden auch jährlich zahlreiche Altwohnungen frei, doch werden andererseits im Laufe der Zeit auch viele von ihnen unbenutzbar. Wir hatten demzufolge bei der letzten Wohnungszählung in Hamburg rund 20.000 Wohnungen weniger als Haushaltungen, d. h. es leben noch immer diese Familien in Altwohnungen. Daß dieser Notbehelf die Familienbildung stark behindert, liegt auf der Hand.

In den dichtbesiedelten Industriegebieten liegen die Verhältnisse besonders ungünstig. So sind beispielsweise in Melwig 70,6 v. H. aller vorhandenen Wohnungen Kleinwohnungen, in Weuthen 72,9 v. H., in Elbing 73,9 v. H. und in Rasthor sogar 76,1 v. H. Das heißt, der Industriearbeiter hat für seine Familie den geringsten Raum, während Städte mit ländlichem Einschlag ungleich günstigere Verhältnisse aufweisen. In Braunschweig sind nur 18,1 v. H. aller Wohnstätten Kleinwohnungen, in Hannover sind es 20 und in Oldenburg 20,3.

Die Förderung des Arbeiter- und Angestellten-Wohnstättenbaus stellt eines der wichtigsten Probleme unserer Zeit dar. Aus dieser Erkenntnis heraus haben sich jetzt führende Verbände und Ämter des Wohnungsbaus und Siedlungswesens zusammengetan und Grundsätze und Richtlinien herausgearbeitet, die für das ganze Reich Geltung haben werden. Gleich wichtig wie die Erbauung gesunder und ausreichender Mietwohnungen sowie Eigenheim ist die Kleinwohnung. Auf allen drei Gebieten wird man in der kommenden Zeit mit Aktivität vorzugehen.

Der Feldzug gegen die Steuerfänger.

Staatssekretär Reinhardt über Wiederherstellung der Steuerehrlichkeit.

Staatssekretär Reinhardt sprach im großen Saal des Anstaltenspalastes in Dresden auf einer sachwissenschaftlichen Tagung vor fast 1700 Reichssteuerbeamten aus ganz Deutschland. Er behandelte die für die Herstellung der Steuerehrlichkeit und die Hebung der Steuermoral besonders wichtige Frage der Betriebsprüfung.

Ohne Steuer, so führte Reinhardt u. a. aus, gebe es keinen Staat, und ohne Staat keine Daseinsmöglichkeit. Die Steuer sei kein Opfer des einzelnen, sondern der Kostenbeitrag, den er für die Erfüllung der Aufgaben des Staates aufzubringen habe.

Einer der wichtigsten Grundsätze nationalsozialistischer Steuerpolitik sei, daß die Steuer sozial gerecht sein müsse. Diese Gerechtigkeit werde durch Steuerhinterziehungen aufs schwerste gefährdet. Betrug und Diebstahl seien als eins der schwersten Verbrechen gegen die Volksgemeinschaft angesehen worden.

Die Betriebsprüfung wolle nun den Staat und alle anständigen Volksgenossen gegen derartige Steuerhinterziehungen schützen.

Sie diene damit der Stärkung und Erhaltung der materiellen Kraft des Staates und der anständigen Volksgenossen. Sie müsse planmäßig sein und alle Betriebe erfassen.

Den anständigen Betriebsführer wolle sie aufklären und vor unbedachten Übertreibungen der Steuergefesse bewahren. Sie werde sich vielfach auch zum Vorteil der Steuerpflichtigen auswirken. Darüber hinaus wolle die Betriebsprüfung Verständnis zwischen Steuerverwaltung und Wirtschaft schaffen, den Steuerbeamten mit den Verhältnissen der Wirtschaft vertraut machen und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen beiden herstellen.

Der Staatssekretär betonte, daß die Betriebsprüfung verpflichtet sei, den Betriebsführer bei der Erfüllung seiner Aufgaben in jeder Weise auch positiv zu unterstützen.

Der Reichsfinanzhof habe mit seiner Rechtsprechung anerkannt, daß das Finanzamt berechtigt sei, nach eigenem Ermessen jederzeit eine Betriebsprüfung durchzuführen. Neben den planmäßigen Betriebsprüfungen würden in besonderen Fällen außerplanmäßige Betriebsprüfungen durchgeführt werden müssen, so z. B. bei Anträgen auf Steuererhebung oder wenn der Verdacht der Steuerhinterziehung bestehe.

An Hand zahlreicher Einzelfälle wies Reinhardt nach, daß es um die Steuermoral in Deutschland immer noch sehr bedenklich bestellt sei.

wenn auch in den beiden letzten Jahren eine merkliche Besserung eingetreten sei. Die Buchprüfungen würden, wenn sich der Apparat einmal richtig eingestellt habe, jährlich einige hundert Millionen Mark bisher hinterzogener Steuergelder erfassen. Die Arbeit der Buchprüfer werde daher für die künftige Gestaltung des Haushaltsplanes von außerordentlicher Bedeutung sein.

Zum Schluß kündigte Staatssekretär Reinhardt an, daß vom nächsten Jahr ab jeder Steuerbeamte die Buchführung und das Abschluß- und Bilanzwesen vollkommen beherrschen müsse, andernfalls er die Prüfung nicht bestehe.

„Unbedingt gediegene Finanzwirtschaft.“

Staatssekretär Grauert über die Finanzpolitik der Gemeinden.

Auf einer kommunalpolitischen Sondertagung des Gauparteitages Ostthüringen gab Staatssekretär Grauert in einer Rede einen Überblick über die Jahre, die seit der Machtübernahme hinter uns liegen. Wenn es in den vergangenen zwei Jahren dank der großzügigen Maßnahmen der Reichsregierung und dank ihrer Initiative auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung gelungen sei, den unmittelbar drohenden Zusammenbruch der Gemeindefinanzen im ganzen Reich durch die Entlastung der Ausgaben Seite von einem großen Teil der Wohlfahrtsaufwendungen sowie durch die Verbesserung der Einnahmenseite abzuwenden und die Gemeinden durch die große gefühlte Umschulung von dem Druck ihrer außerordentlich hohen kurzfristigen Verbindlichkeiten zu befreien, so könne das nicht hoch genug eingeschätzt werden. Damit sei aber

die dauerhafte Sanierung der Gemeindefinanzen, ohne die eine wirkliche Gesundung der gesamten öffentlichen Finanzwirtschaft und der Volkswirtschaft überhaupt nicht möglich sei, noch nicht erreicht. Die wichtigste Aufgabe der kommenden zwei Jahre müsse es sein, dieses Werk zu vollenden.

Aus den finanzrechtlichen Vorschriften, die in die Deutsche Gemeindeordnung aufgenommen worden sind, behandelte der Staatssekretär die Frage des Haushaltsausgleichs. Was von den Gemeinden unter allen Umständen verlangt werden müsse, sei eine unbedingt gediegene Finanzwirtschaft, ein Fernhalten von finanzpolitischen Experimenten jeder Art. Staatssekretär Grauert freite dann das Gemeindehaushaltsgesetz und das Arbeitsbeschaffungsprogramm. Er betonte, daß

sich die erhebliche Besserung der Arbeitsmarktlage insbesondere bei der Erhöhung der Steuereinnahmen bemerkbar mache.

Die Ergebnisse, die den Gemeinden infolge der staatlichen Maßnahmen aus der wirtschaftlichen Belebung zufließen, müßten dazu benutzt werden, den Etat nicht nur auszugleichen, sondern ihn auf eine gesunde Basis zu stellen, d. h. es müßten Rücklagen gemacht werden, damit in dem Augenblick, wenn die Mittel aus dem Reiche nicht mehr in die Wirtschaft fließen, die Gemeinden von sich aus, so wie es auch früher geschehen sei, die Initiative ergreifen könnten. Jetzt werde die Wirtschaft mit zentralen Mitteln angekurzelt, wenn das aber nicht mehr möglich sei, müßten die Gemeinden und Städte, die dann gesundet wären, diese Aufgabe übernehmen.

Deutsche Kunst und Kulturleben.

Große Rede des Reichsministers Dr. Goebbels anlässlich der zweiten Reichstheaterfestwoche.

Die große Kundgebung der Reichstheaterkammer anlässlich der zweiten Reichstheaterfestwoche in Hamburg am Montagmittag erhielt ihre besondere Bedeutung durch eine grundlegende Rede von Reichsminister Dr. Goebbels über das deutsche Kunst- und Kulturleben. Mit stürmischen Kundgebungen begrüßte, nahm Reichsminister Dr. Goebbels das Wort.

Zunehmend wieder wurde die Rede des Ministers von stürmischen Zustimmungskundgebungen unterbrochen, und als Dr. Goebbels geendet hatte, folgte ein minutenlanges Beifall ein. Mit dem Gesang der Lieber der Nation fand die Kundgebung der Reichstheaterkammer ihren Abschluß. Reichsminister Dr. Goebbels wohnte am Abend der Festvorstellung von Dietrich Eckart's „Heinrich der Fünfte“ im Staatlichen Schauspielhaus bei.

Auf der Kundgebung der Reichstheaterkammer führte Reichsminister Dr. Goebbels u. a. aus: Die Kunst ist eine Lebenskraft, die den ganzen Menschen erfordert und ausfüllt. Wer einmal von ihr ergriffen ist, kommt nicht mehr los davon. Es gibt kein größeres Glück unter den

Menschen, als ihr dienen zu dürfen, und ein Staatsmann kann sich nichts Höheres zur Ehre anrechnen, als ihr die Wege bereiten zu helfen. Die Kunst ist nichts anderes als der plastische Ausdruck eines Volkstums, denn der Künstler ist das lebendigste Kind seines Volkes. Je tiefer er seine Wurzeln in das Schicksal seines Volkstums hineinstößt, um so höher wird er sich entfalten können. Das ist auch die einzige Möglichkeit, über die Grenzen eines Landes hinaus in die Welt zu wirken.

Wir müssen protestieren gegen eine Bühnen- und Filmkunst, die versucht, uns Menschen vorzustellen, die es in Wirklichkeit gar nicht gibt, die entweder Schwarz oder Weiß in Weiß gezeichnet sind. Wir fordern dagegen Menschen, die aus dem Leben herausgenommen sind, Menschen von Fleisch und Blut, die die Sorgen, Qualen und Freuden unserer Zeit auch in der eigenen Brust beherbergen. Die eben geschilderten Mängel fanden wir auf der Bühne vor, als wir in Deutschland die Macht übernahmen.

Es ist uns vielfach der Vorwurf gemacht worden, daß wir die deutsche Kunst zu einer bloßen Propagandaanlegenheit herabwürdigten, „Herabwürdigung“, wieso? Ist die Propaganda eine Sache, zu der man etwas anderes